

Stand: 07.06.2026 04:45:14

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2175

"Bericht über die Vergabe staatlicher Grundstücke an Kommunen in Erbpacht-Modellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2175 vom 16.05.2024
2. Mitteilung 19/2993 vom 24.07.2024



Antrag

der Abgeordneten **Sabine Gross, Ruth Müller, Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Volkmarr Halbleib, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Doris Rauscher, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bericht über die Vergabe staatlicher Grundstücke an Kommunen in Erbpacht-Modellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr über die Vergabe staatlicher Grundstücke an Kommunen in Erbpacht-Modellen zu berichten:

- Wie viele Grundstücke sind im Eigentum des Freistaates Bayern, die für Wohnbebauung geeignet sind (aufgeschlüsselt nach Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten)?
- Ist der Staatsregierung bekannt, welche Grundstücke im Eigentum des Freistaates sich im Rahmen von Ortsabrundungssatzungen sowie Nachverdichtungsmaßnahmen besonders für eine Bebauung eignen?
- Wie ist der Zeitplan der Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Vergabe von staatlichen Grundstücken an Kommunen im Erbbaurecht zur Schaffung neuer staatlicher Wohnungen?
- Welche Konditionen (u. a. Erbpachtzins, Dauer) sind dafür vorgesehen?

Begründung:

Jedes Jahr steigen die Mieten in Bayern an. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Dass die Mieten nicht mehr bezahlbar sind, ist längst nicht mehr ein Problem einkommensschwacher Bevölkerungsschichten, sondern hat bereits die Mittelschicht erreicht – insbesondere in Südbayern und den Ballungsgebieten. Die SPD-Fraktion im Landtag hat in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert, den Kommunen staatliche Grundstücke für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Es ist begrüßenswert, dass der Koalitionsvertrag von CSU und FREIE WÄHLER nun ankündigt, „staatliche Grundstücke [...] im Erbbaurecht zur Schaffung neuer staatlicher Wohnungen zur Verfügung [zu] stellen“. Dem Landtag und im Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr soll Bericht erstattet werden, wie der Umsetzungsstand dieses wichtigen Bausteins für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist.



Mitteilung

Antrag der Abgeordneten Sabine Gross, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD

Drs. 19/2175

Bericht über die Vergabe staatlicher Grundstücke an Kommunen in Erbpacht-Modellen

Der Antrag mit der Drucksachennummer 19/2175 wurde zurückgezogen.

Landtagsamt